

# Anlage 6

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Herr Garbe es ist schon bemerkenswert, was Sie hier gerade wieder abgeliefert haben. Mal abgesehen von der Hetze, die letztendlich Kern Ihrer Politik ist, und ich habe lange darauf gewartet, wann es denn jetzt endlich soweit ist, dass mal wieder die Ausländer an allem Übel dieser Stadt Schuld sind. Sie haben es dann tatsächlich ja noch geschafft es in aller Breite auszuleben. Das ist eine Position die in dieser Stadt und in diesem Rat bei weitem keine Mehrheit hat und deshalb erzählen Sie nicht immer, sie machen Politik für die Bürger. Sie machen Politik für eine ganz, ganz kleine Minderheit in dieser Stadt, die so denkt wie Sie!

Und ich finde es auch bemerkenswert, meine Damen und Herren, dass Sie immer von ihrem Herrn Helferich sprechen. Der Bundestagsfraktion der AfD ist Herr Helferich zu rechtsradikal und deshalb wurde er nicht in die Fraktion aufgenommen. Das zeigt, wo die Dortmunder AfD selbst innerhalb der AfD steht und das sollten die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle auch nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion FDP/Bürgerliste hat die Vision einer Stadt, die mitspielt bei den dynamischen Städten in Europa. Wir wollen, dass Dortmund gemeinsam durch eigene Leistung stärker wird. Wirtschaftlich und sozial, und dazu brauchen wir eine starke Wirtschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Wir treten dafür ein, dem Mittelstand Hürden abzubauen und ein positives Klima für Kreativität, für Selbstständigkeit, für Technologie und Innovation zu schaffen. Durch die Coronakrise ist auch in Dortmund eine schwierige wirtschaftliche Situation entstanden.

Aus einem lang anhaltenden Wirtschaftsboom sind wir abgestürzt, 2020, in die tiefste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg. Es geht wieder aufwärts, aber es geht eben nicht für alle wieder aufwärts. Und die Krise hat ganze Branchen und ihre Beschäftigten in eine Situation gebracht, die existenzbedrohend ist. Die Messewirtschaft, die Kongresswirtschaft, die Hotels, die Gaststätten, das Catering oder Schausteller und Soloselbstständige. Und auch der Einzelhandel, wir hören es, ist schwer getroffen, auch im zweiten Jahr der Pandemie mit einem schleppenden Weihnachtsgeschäft.

Corona ist der Brandbeschleuniger für Probleme, die der Einzelhandel in den nächsten Jahren ohnehin zu erwarten hatte und das hat erhebliche Auswirkungen auf unsere Innenstadt. Die Landesregierung und die Bundesregierung haben schnell geholfen mit Kurzarbeiterregelungen, mit Soforthilfe, mit Überbrückungsprogrammen. Die Instrumente liegen tatsächlich hauptsächlich bei Bund und Land, aber auch die Stadt kann und muss ihren Beitrag leisten. Und deswegen haben wir uns gefreut, dass unser Antrag, der auch gleichlautend von der CDU eingebracht wurde, nämlich die Schausteller beim Weihnachtsbaum zu unterstützen, dass der angenommen wurde. Dass wir weiterhin die Außengastronomiegebühren aussetzen, wie wir das schon im Dezember 2020 mit Mehrheit im Finanzausschuss beschlossen haben. Wir finden es gleichzeitig schade, dass es in diesem Haus keine Mehrheit dafür gab, auch den Hotels, die weiterhin massiven Belastungen ausgesetzt sind, wo immer noch viele, viele Menschen in Kurzarbeit sind, dass man hier nicht bereit war, auf die kommunalen Steuern zu verzichten, auf die Beherbergungsabgabe zu verzichten. Es wurde gesagt das Geld ist notwendig, wir brauchen die zwei Millionen.

Meine Damen und Herren, wenn diese Verwaltung bei der Kampstraße die Fördermittel nicht so abgerechnet hätte oder gar nicht genutzt hätte, dass wir jetzt zwei Millionen selbst zahlen müssen für den Ausbau der Kampstraße, dann hätten wir ein Jahr Beherbergungsabgabe gespart. Das ist die Steuerverschwendung an der Stelle, die die Verwaltung hier zu verantworten hat. Und da kann man nicht sagen zwei Millionen für die Hotels. Nein, denen müssen wir das Geld wieder abziehen. Das ist eine Ignoranz bei diesem Thema, die ich ehrlich gesagt nicht verstehe.

Und meine Damen und Herren, wir haben positive Einflüsse vor der Coronakrise gehabt. Gute Konjunktur, niedrige Zinsen, das hat dem Haushalt geholfen und das hat natürlich auch dazu geführt, dass wir jetzt auf Rücklagen sozusagen aufsetzen können und der Haushalt nicht so dramatisch in Schieflage ist, wie das in anderen Städten ist. Es ist auch gut, dass wir eine sehr mittelständische

Wirtschaftsstruktur haben, die eben uns hier bei der Gewerbesteuer auch eine gewisse Stabilität gebracht hat.

Die CDU-/FDP-Landesregierung hat den Städten massiv unter die Arme gegriffen mit dem Kommunalschutzpaket, zusätzliche Mittelunterstützung der städtischen Verkehrsbetriebe, Garantierklärung für Kredite. All das hat das Land gemacht. Hinzukommt die bessere Übernahme der Flüchtlingskosten, was den Dortmunder Haushalt erheblich entlastet hat. Es ist weiterhin richtig und auch unvermeidlich, dass der Haushalt im Jahr 2022 in der Neuverschuldung ist. Aber wir sagen auch sehr deutlich: Diese Stadt muss nach der Krise auch um Steuern. Wir brauchen wieder einen ausgeglichenen Haushalt, das sind wir den kommenden Generationen schuldig. Wir haben eine Situation in der Projektion dieses Haushalts, dass in gut 30 Jahren das Eigenkapital dieser Stadt verfrühstückt ist, wenn wir so weitermachen, wie es dieser Haushalt plant.

Und wenn man sich anschaut was passiert hier? Durchgängige Defizite bis 2025, keinerlei Ambitionen zu einem ausgeglichenen Haushalt, die Haushaltssicherung droht selbst nach Aussage des Kämmerers spätestens ab 2025. Und was macht der Finanzausschuss? Ich muss sagen, ich war ehrlich gesagt -als jemand der Haushaltsberatung aus dem Bund kennt- schon erstaunt, dass Haushaltsberatungen hier so laufen, dass jeder fragt: „Haben wir noch mehr auszugeben?“, aber niemand fragt: „Wo kann man das denn gegenfinanzieren?“. Und die Kohle wird rausgehauen als gäbe es kein Morgen und 10,5 Million nach den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss mehr.

Das, meine Damen und Herren, ist keine zukunftsfähige Politik. Und ich habe vernommen, auch von Frau Neumann-Lieven, dass wir ab 2025 nur mit der Hilfe von Bund und Land den Haushalt schaffen werden und auch von den Grünen ist Ähnliches intoniert worden. Ja, wir müssen einfordern, dass Bund und Land das, was sie an Aufgaben den Kommunen übertragen auch finanzieren, aber wir haben auch eine Eigenverantwortung. Die Aufgabenverteilung kann nicht so sein: Bund und Land sind für die Einnahmen zuständig und unsere Aufgabe im Rat ist es, möglichst viel von der Kohle zu verteilen.

Nein, ich erwarte auch von diesem Rat, dass man über Gegenfinanzierung von Vorschlägen nachdenkt. Und eines der wichtigen strukturellen Defizite dieser Stadt ist das ausufernde Wachstum von Stellen in der Verwaltung. Von 2010-2020 ist der Personalbestand um 23 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Personalkosten je Einwohner um 43 % gestiegen. Die höchste Steigerungsrate -das hat mich besonders amüsiert, als ich diese Übersicht gelesen habe- hat ausgerechnet das Personal- und Organisationsdezernat.

Also man bedient sich sozusagen „pro domo“ selbst, wenn es um die Stellenplanung geht. Auch jetzt gibt es netto 373 neue Stellen allein im nächsten Jahr. Und diesmal ist insbesondere der Oberbürgermeister dabei, den Wasserkopf weiterhin aufzublähen. Gleichzeitig sind 600 Stellen, mehr als 600 Stellen, unbesetzt. Und seien wir ehrlich, die meisten Bürgerinnen und Bürger haben das Ergebnis dieser unbesetzten Stellen gar nicht gemerkt. Und deswegen haben wir vorgeschlagen, mindestens jede sechste Stelle, die unbesetzt ist, zu streichen und im Übrigen konsequente Aufgaben- und Stellenkritik zu machen, so dass man 2023 wieder auf den Personalbestand von 2021 zurückkommt.

Das beziffert die Verwaltung an Einsparungen von 30 Millionen € im Jahr 2025, und das sind sehr vorsichtige Einsparmaßnahmen. Es wäre hier viel mehr möglich, wenn man es denn wollte und im Übrigen: Wenn wir uns die Kampfstraße anschauen, dann müssen wir Lehren daraus ziehen. Weil es nicht sein kann, wenn Bund und Land Förderprogramme aufsetzen, und wir am Schluss nicht in der Lage sind, das zu verwalten. Deshalb ist es richtig, dass der Ausschuss ein Fördermittelmanagement einfordert und hier ein entsprechendes Konzept von der Verwaltung vorgelegt werden muss.

Positiv im Übrigen auch -und da möchte ich insbesondere den Fraktionen von CDU und Grünen für die Zusammenarbeit im letzten Jahr danken- bei der besseren Kontrolle des städtischen Konzerns. Das ist dringend notwendig. Wir haben vor der letzten Kommunalwahl eine Haltung von Teilen der Stadtwerke erlebt, also des Vorstandes der Stadtwerke, die schon sehr auf die eigene Entscheidungsmacht gesetzt haben und ich glaube es ist richtig, dass dieser Rat einfordert, dass am Schluss die gewählten Vertreterinnen und Vertreter das letzte Wort bei grundsätzlichen Entscheidungen haben.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Thema „Klimaschutz“ kommen. Die neue Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP hat sich ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt und setzt sie bereits um. Bei aller Diskussion um die Frage, wie die Mittel denn aufgebracht werden, kann man feststellen, dass die 60 Milliarden, die der Bundestag in dieser Woche in den Energie- und Klimafonds schieben wird, ein massiver Schritt sind für Investitionen in den Klimaschutz. Ich habe das mal ausgerechnet. Auf die Einwohnerzahl von Dortmund umgerechnet sind das 439 Millionen Euro. Und dann muss man sich eben die Frage stellen: Was machen wir denn hier eigentlich an kommunaler Klimapolitik? Was können wir als Kommune eigentlich selbst bewegen. Selbst bewegen können wir im Wesentlichen den städtischen Gebäudebestand, den ÖPNV und die Nahwärmenetze. Das sind die wesentlichen Handlungsfelder wo wir tatsächlich CO<sub>2</sub> einsparen können, was uns über den Emissionshandel nicht ansonsten wieder verrechnet wird.

Jetzt sagen Sie, also CDU, Grüne, SPD, Linke, wir müssen jetzt bis 2035 klimaneutral werden und das sei alles sehr ambitioniert. Ich würde sagen, das ist unrealistisch und wenn man Verwaltung ein unrealistisches Ziel gibt, werden diese Ziele auch nicht erreicht. Vor allen Dingen, weil der Haushalt zu diesem Ziel überhaupt nicht passt. Die Kämmerei hat darauf hingewiesen, dass nicht einmal der Ansatz für die Überarbeitung des Konzeptes ausreichend finanziert ist durch den Finanzausschuss. Geschweige denn die Maßnahmen, die notwendig wären, um 2035 tatsächlich klimaneutral zu werden. Da gibt es zwar Dinge die wir teilweise auch unterstützt haben, ja wir geben mal für private Hauseigentümer hier 50.000 €, da 100.000 €, aber meine Damen und Herren, seien wir doch mal ehrlich: Das ändert doch das Problem nicht, das hat mit Klimaneutralität 2035 nichts zu tun.

Da müssten wir mit ganz anderen Summen arbeiten und das passt hinten und vorne nicht zusammen und deshalb ist das für mich eine Symbolpolitik, mit der man sich dann auf die Schulter klopfen, bei Fridays for Future sich hinstellen kann: „Ja, wir sind ambitionierter als Bund und Land.“ aber erreichen tut man mit einer solchen Politik, meine Damen und Herren, leider nichts.

Wenn wir zum Thema „Verkehrswende“ kommen, ist das zentrale Element der ÖPNV, auch der Fahrradverkehr, aber der Fahrradverkehr alleine wird es eben nicht richten. Und deshalb brauchen wir keine Politik, die das Auto ideologisch verdrängt, sondern wir brauchen Taktverdichtung im ÖPNV. Wir brauchen einen ambitionierten Stadtbahnausbau und ich würde mich freuen, wenn das seit 2018 von den Stadtwerken angekündigte Konzept „Digitale Sammeltaxis“ tatsächlich auch mal in die Realität umgesetzt wird, um gerade in den Außenbezirken Dortmunds das ÖPNV-Angebot zu verbessern.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine gute Infrastruktur. Dazu hat es eine Reihe von Haushaltsanträgen unterschiedlicher Fraktionen gegeben. Ich freue mich, dass wir mehr Geld bereitstellen für Geh- und Radwege und deren Instandhaltung. Ich hätte mich aber auch gefreut, wenn aus Schlaglochpisten im Bereich der Straßen verbessert worden wären. Ich möchte darauf hinweisen: Nicht nur private PKWs fahren darauf, sondern auch Busse. Deshalb ist der Straßenausbau auch für den ÖPNV eine relevante Maßnahme.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass der ausufernde Personalaufwuchs die städtischen Finanzen dauerhaft in Schieflage bringt. Und wenn Die Linke sagt: „Wir stimmen diesem Haushalt zu“, dann ist das ein Hinweis auf den Inhalt dieser Politik, die CDU

und Grüne an dieser Stelle, ja an anderer Stelle auch, schon mit den Linken gemeinsam gemacht haben.

Ich finde, das ist eine schwierige Entwicklung. Dennoch, meine Damen und Herren, möchte ich insbesondere den Vorsitzenden von SPD, Grünen, CDU, Linken und Der Partei danken für ein gutes Klima, sachliche Gespräche und spannende Mehrheitsfindungen, dem OB für eine Kommunikation, die ich durchaus als partnerschaftlich empfunden habe, auch wenn manche Dinge dann vielleicht am Rat vorbei gemacht wurden. Das können wir dann ja hier auch klären. Ich möchte der Verwaltung stellvertretend danken, insbesondere Frau Zoerner und Herrn Renken sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den großartigen Einsatz in dieser Coronakrise. Sie haben sicherlich den schwierigsten Job in dieser bisherigen Wahlperiode gehabt.

Vielen Dank!